

W

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

**Standpunkte der im Bundestag vertretenen Parteien zu
Energiepolitik und Klimaschutz**

- Ausarbeitung -

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

Verfasser/in: [REDACTED]

Standpunkte der im Bundestag vertretenen Parteien zu Energiepolitik und Klimaschutz

Ausarbeitung WD 5 – 3000-021/08

Abschluss der Arbeit: 26.03.2008

Fachbereich WD 5: Wirtschaft und Technologie;
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz;
Tourismus

Telefon: [REDACTED]

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste sind dazu bestimmt, Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W.



1.	Einleitung	6
2.	CDU/CSU	6
2.1.	Kostenbewusster Ausbau der erneuerbaren Energien	6
2.2.	Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke	6
2.3.	Einbeziehung von Braun- und Steinkohle in den Energiemix	7
2.4.	Stärkung des Wettbewerbs auf den Energiemärkten	7
2.5.	Sicherung der Mineralölimporte und Ausbau alternativer Kraftstoffe	7
2.6.	Erhöhung der Energieeffizienz	7
2.7.	Intensivierung der Energieforschung	8
2.8.	Implementierung einer zielgerichteten Energieaußenpolitik	8
3.	SPD	8
3.1.	Aufbau eines nachhaltigen, innovativen Energiemix	8
3.2.	Steigerung der Energieproduktivität	8
3.3.	Verabschiedung eines neuen Klimaschutzprogramms	9
3.4.	Emissionshandel	9
3.5.	Erneuerung des Kraftwerksparks	9
3.6.	Kraft-Wärme-Kopplung	9
3.7.	Stabilisierung der Strompreise durch mehr Wettbewerb	9
3.8.	Gebäudesanierung	10
3.9.	Ausbau der Erneuerbaren Energien	10
3.10.	Förderung der Erneuerbaren Energien im Wärmesektor	10
3.11.	Ausbau des Einsatzes von Biokraftstoffen	10
3.12.	Senkung des Energieverbrauchs im Verkehrssektor	10
3.13.	Forschungsbezogene Maßnahmen	10
3.14.	Umsetzung des Atomausstiegs	10
3.15.	Lösung der Endlagerproblematik	11
4.	FDP	11
4.1.	Sicherstellung des Wettbewerbs auf den Energiemärkten	11
4.2.	Energiemix	11
4.3.	Außenpolitische Aspekte	11
4.4.	Stärkung der Energieforschung	12
4.5.	Rückführung der staatlichen Zusatzkosten auf den Energiepreisen	12
4.6.	Beendigung der Subventionierung unwirtschaftlicher Energieträger	12
4.7.	Verbesserung der Energieeffizienz	12



4.8.	Bürokratieabbau	12
4.9.	Steuerliche Gleichbehandlung aller Energieträger	12
4.10.	Bündelung der Energiepolitik beim Bundeswirtschaftsministerium	13
4.11.	Wettbewerbliche Gestaltung des Zertifikatehandels	13
4.12.	Anpassung der Förderung erneuerbarer Energien	13
4.13.	Lösung der Endlagerproblematik	13
4.14.	Klimaschutz durch effiziente Landwirtschaft	13
5.	Die Linke	14
5.1.	Einführung einer effektiven Energiepreisaufsicht	14
5.2.	Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand	14
5.3.	Abschöpfung der Extraprofite der Stromkonzerne aus dem Emissionshandel	14
5.4.	Rekommunalisierung der Energieversorgung	14
5.5.	Erhöhung des ALG II auf 435 €	15
5.6.	Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Haushalte	15
5.7.	Einführung eines Stromsozialtarifs	15
5.8.	Sozial gerechte Weiterentwicklung der Ökosteuer	15
5.9.	Beschleunigung des Atomausstiegs	15
5.10.	Erneuerbare Energien	15
5.11.	Verbesserung der Energieeffizienz	16
5.12.	Reduktion der CO ₂ -Emissionen um 40 % und Umsetzung eines nationalen Sofortprogramms für Klimaschutz	16
5.13.	Erhöhung der Zahlungen an Entwicklungsländer	16
5.14.	Radikale Wende der Energiefinanzierung bei der Entwicklungszusammenarbeit	16
5.15.	Neuausrichtung der Handelspolitik	16
5.16.	Unterstützung von Energiepartnerschaften	16
5.17.	Energiewende mit Friedensdividende	17
6.	Bündnis 90/ Die Grünen	17
6.1.	Verhinderung des Baus neuer Kohlekraftwerke	17
6.2.	Vollständige Deckung des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien	17
6.3.	Einführung eines Energiebonus	17
6.4.	Anlage eines Stromsparerfonds	18
6.5.	Verbraucherbezogene Maßnahmen	18
6.6.	Intensivierung des europäischen Emissionshandelssystems	18
6.7.	Gebäudesanierung	18

6.8.	Verkehrspolitik auf Kommunal- und Landesebene	18
6.9.	Maßnahmen zum Individualverkehr	18
6.10.	Neuorientierung der Bahnpolitik	19
6.11.	Besteuerung von Flugbenzin	19
6.12.	Abbau ökologisch schädlicher Subventionen	19
6.13.	Ökologisierung der Landwirtschaft	19
6.14.	Urwaldschutz	19
6.15.	Durchsetzung einer ökoeffizienten öffentlichen Beschaffung	20
6.16.	Forschungsinitiative Klimaschutz	20
6.17.	Außenpolitische Standpunkte	20
7.	Anlagen:	21
8.	Quellen:	22

1. Einleitung

Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Gewährleistung von Energiesicherheit werden Klimaschutz und Energiepolitik gemeinhin als zentrale politische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts betrachtet. Während bezüglich des grundsätzlich bestehenden Handlungsbedarfs in diesem Politikbereich Einigkeit besteht, differieren die Vorstellungen über die hierzu geeigneten politischen Mittel jedoch erheblich. Im Rahmen dieser Ausarbeitung sollen die wichtigsten Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien zu dieser Thematik dargestellt werden.

2. CDU/CSU

Einen guten Überblick über die klima- und energiepolitischen Standpunkte der Unionsparteien bietet das Positionspapier „Sicher- Sauber- Sozial. Die drei Dimensionen der Energiepolitik“ der CDU/CSU- Bundestagsfraktion (CDU/CSU, 2007)¹. Die darin vorgestellten Maßnahmen orientieren sich an einem „dreidimensionalen Koordinatensystem“ und sollen so neben einer wirtschaftsfreundlichen und sozialen Ausrichtung auch die Umweltverträglichkeit der Energiepolitik gewährleisten (CDU/CSU, 2007, S. 3).

2.1. Kostenbewusster Ausbau der erneuerbaren Energien

CDU/CSU räumen erneuerbaren Energien das größte Zukunftspotential ein. Hervorgehoben wird ihre Klimaneutralität und Sicherheit aufgrund der Unabhängigkeit von Rohstoffimporten sowie ihre steigende wirtschaftliche Bedeutung (CDU/CDU 2007, S.4). Bis 2020 sollen **30 Prozent des Stromverbrauchs** und **16 bis 20 % des Gesamtenergieverbrauchs** durch erneuerbare Energien gedeckt werden. (CDU/CSU 2007, S. 5). Besonderes Gewicht wird auch auf die **Effizienz und Zielgenauigkeit der Förderung** erneuerbarer Energien gelegt. Diese müsse insgesamt in einem angemessenen Verhältnis zur Entwicklung der einzelnen Energieträger stehen (CDU/CSU 2007, S. 5 f.).

2.2. Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke

In Anbetracht der CO₂-Neutralität der Atomenergieerzeugung und um Versorgungssicherheit, Wettbewerb, Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit der Stromversorgung zu gewährleisten, wird die **Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke** gefordert (CDU/CSU 2007, S. 7).

¹ Das Dokument ist in **Anlage 1** beigefügt.

2.3. Einbeziehung von Braun- und Steinkohle in den Energiemix

Stein- und Braunkohle sind nach Ansicht der CDU/CSU- Fraktion wichtige Bestandteile im Energiemix und auf absehbare Zeit **unverzichtbar**. Durch technischen Fortschritt soll eine bessere Klimaverträglichkeit erreicht werden. (CDU/CSU 2007, S.7)

2.4. Stärkung des Wettbewerbs auf den Energiemärkten

Durch Verbesserung der Rahmenbedingungen soll der **Wettbewerb auf dem Gasmarkt** intensiviert werden, um Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit des umweltfreundlichen und flexibel einsetzbaren Energieträgers zu gewährleisten (CDU/CSU 2007, S. 8). Auch auf den sonstigen Energiemärkten sei durch ein **konsistentes staatliches Maßnahmenpaket**, die **Stärkung des EU-Energiebinnenmarkts** und eine **Belebung des Nachfrageverhaltens** mehr Wettbewerb zu schaffen und so eine Anpassung der in Deutschland überhöhten Energiepreise an das internationale Niveau zu erreichen (CDU/CSU 2007, S.10).

2.5. Sicherung der Mineralölimporte und Ausbau alternativer Kraftstoffe

Eine **außen- und sicherheitspolitische Flankierung** des Ölimports habe ein ausreichendes Angebot an Mineralöl sicherzustellen. Zugleich sei die Energieträgerstruktur im Kraftstoffbereich **breit zu diversifizieren**, um Abhängigkeiten zu reduzieren. Zu diesem Zweck sei die Beimischung von Biokraftstoffen zu begrüßen und die Entwicklung alternativer Kraftstoffe weiter voran zu treiben (CDU/ CSU 2007, S. 9).

2.6. Erhöhung der Energieeffizienz

Energieeffizienz ist nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion ein Schlüssel für Klimaschutz, Innovation und Versorgungssicherheit. Um deren zahlreiche Chancen vor allem auch zugunsten der in Umwelt- und Effizienztechnologien äußerst wettbewerbsfähigen deutschen Wirtschaft zu nutzen, werden eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen (CDU/CSU 2007, S.11 ff.):

- Die **Stärkung des Effizienzbewusstseins** durch Intensivierung der Verbraucherinformation.
- Die Verfolgung eines **integrierten Wärmekonzepts** zur Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebereich.
- Die Optimierung der **Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung**.
- Die Nutzung von **Effektivitätspotentialen im Verkehr**, insbesondere durch die Verringerung des Kraftstoffverbrauchs im Individualverkehr durch eine stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung bei Antriebstechniken jeder Form, Maßnahmen für ein



effizienteres individuelles Verkehrsverhalten, ein verbessertes Verkehrsflussmanagement, die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und den Einsatz von Biokraftstoffen.

- Der **Handel mit Emissionszertifikaten** soll zum maßgeblichen Instrument der Emissionseinsparung werden.

2.7. Intensivierung der Energieforschung

Die Intensivierung der Energieforschung müsse **auf allen Stufen** der Energieerzeugung erfolgen, auch in der Forschungsentwicklung solle die Gleichberechtigung aller Energieträger gelten. So soll auch die **Nuklearforschung** neue Impulse erhalten (CDU/CSU 2007, S. 15), die Forschungsförderung optimiert werden (CDU/CSU 2007, S. 16).

2.8. Implementierung einer zielgerichteten Energieaußenpolitik

Im Rahmen einer zielgerichteten Energieaußenpolitik seien **Importrisiken zu mindern** und der **Klimaschutz multilateral zu verankern**.

3. SPD

In dem Beschluss des SPD-Parteipräsidiums „Neue Energie. Sozialdemokratische Energie- und Klimapolitik für das 21. Jahrhundert“² werden die Grundsätze der Sozialdemokraten für eine Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik vorgestellt (SPD 2007, S.11 ff.). Um der „3-fachen Herausforderung“, dem Klimawandel, der Ressourcenknappheit und einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung zu begegnen, führt das Papier 15 Punkte an, die eine solche Neuausrichtung ermöglichen sollen.

3.1. Aufbau eines nachhaltigen, innovativen Energiemix

Eine ambitionierte Effizienzstrategie, der massive Ausbau der Erneuerbaren Energien, eine nachhaltige Energieaußenpolitik und hochmoderne, effiziente fossile Kraftwerke sollen einen **nachhaltigen Energiemix** in Deutschland bei Umsetzung des **Ausstiegs aus der Kernenergieerzeugung** ermöglichen (SPD 2007, S. 12 f.).

3.2. Steigerung der Energieproduktivität

Die größten Potentiale sieht die SPD in einer kontinuierlichen Steigerung der Energieproduktivität. Dies soll durch eine Reihe von Maßnahmen, etwa die **Schaffung einer Energieeffizienzinitiative** bei kleinen und mittelständischen Unternehmen, eine klare

² Beschluss des Parteipräsidiums vom 4. Juni 2007; siehe **Anlage 2**.

Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Geräten oder eine **Verpflichtung der öffentlichen Hand** auf die Anschaffung der effizientesten Produkte erreicht werden (Vgl. SPD 2007, S. 13 ff.)

3.3. Verabschiedung eines neuen Klimaschutzprogramms

Mit der Einführung eines ambitionierten Klimaschutzprogramms, das alle Sektoren (Industrie und Energieversorgung, Gewerbe, Verkehr und Handel) umfasst, sollen die Potentiale zur Minderung der Treibhausgase mobilisiert werden, um eine **Reduktion der Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 %** zu erreichen (SPD 2007, S. 15 f.).

3.4. Emissionshandel

Der europäische Emissionshandel ist nach Auffassung der SPD weiter zu entwickeln. Erforderlich sei mehr **Transparenz** über die Verfahren und die Festlegung des Emissionsbudgets, die **Harmonisierung** der Allokationsregeln in den 27 Mitgliedstaaten und die wettbewerbsneutrale **Einbeziehung des Flugverkehrs** in den Emissionshandel. (SPD 2007, S. 16 f.).

3.5. Erneuerung des Kraftwerksparks

Durch geeignete Regelungen im Energierecht und im Emissionshandelsrecht sollen Investitionsanreize für **moderne, hocheffiziente Gas- und Kohlekraftwerke** gesetzt werden, um so den veralteten und ineffizienten Kraftwerkspark zu ersetzen (SPD 2007, S. 18).

3.6. Kraft-Wärme-Kopplung

Durch die Modernisierung und den **Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung** sei deren Anteil an der Stromversorgung bis 2020 auf 25 % zu steigern (SPD 2007, S. 18).

3.7. Stabilisierung der Strompreise durch mehr Wettbewerb

Nur ein **funktionierender Wettbewerb** bietet laut SPD-Präsidium die Chance für wettbewerbsfähige Preise auf dem Energiemarkt. Dafür müssten konsequent die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen und notfalls die Energieversorgungsunternehmen in ihren abgeschotteten Märkten hart angefasst werden (SPD 2007, S. 19 f.). Erforderlich hierfür seien die **Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen** und des **Energiewirtschaftsgesetzes** sowie der **Ausbau der Stromnetze** (Vgl. SPD 2007, S.19 f.).

3.8. Gebäudesanierung

Die staatliche Förderung der Gebäudesanierung soll weitergeführt und optimiert werden (SPD 2007, S20 f.).

3.9. Ausbau der Erneuerbaren Energien

Mit einer Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes will die SPD den Ausbau der Erneuerbaren Energien verstetigen, um so bis 2020 einen **Anteil von mindestens 27 %** an der gesamten Stromerzeugung zu erreichen (SPD 2007, S. 21 f.).

3.10. Förderung der Erneuerbaren Energien im Wärmesektor

Mittels eines „**Erneuerbare-Wärme-Gesetzes**“ sollen Potentiale zur Einsparung von CO₂ sowie Öl und Gas im Wärmesektor realisiert werden. Ziel ist, bis 2020 mindestens 14 % der Wärme durch Erneuerbare Energien zu erzeugen (SPD 2007, S. 22).

3.11. Ausbau des Einsatzes von Biokraftstoffen

Als wesentlicher Punkt einer nachhaltigen Energie- und Klimapolitik wird der Ausbau des Einsatzes von Biokraftstoffen und insbesondere die verstärkte Berücksichtigung von **Biokraftstoffen der zweiten Generation** betrachtet (SPD 2007, S. 22 f.).

3.12. Senkung des Energieverbrauchs im Verkehrssektor

Eine Reihe von Maßnahmen soll eine **erhebliche Reduktion** des CO₂-Verbrauchs im Mobilitätssektor ermöglichen. Neben der bereits umgesetzten schadstoffbezogenen Kfz-Steuer werden etwa die Stärkung der Wettbewerbsposition der Bahn und die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel genannt (SPD 2007, S.24).

3.13. Forschungsbezogene Maßnahmen

Mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen im Klimaschutz, die Abhängigkeit von Energieimporten und das enorme Exportpotential muss Deutschland nach Auffassung der SPD seine internationale Spitzenstellung bei Energietechnologien **weiter ausbauen**. Hierfür sei eine Verbesserung der Mittelausstattung in den Bereichen Effizienz und erneuerbare Energien auf Bundes- wie EU-Ebene, aber auch eine Erhöhung der privaten Forschungsausgaben unabdingbar (SPD 2007, S. 25 f.).

3.14. Umsetzung des Atomausstiegs

Die SPD hält an dem im Jahr 2000 vereinbarten Atomausstieg fest (SPD 2007, S. 26 f.).

3.15. Lösung der Endlagerproblematik

Mit dem Ziel der Herstellung eines diesbezüglichen Konsenses soll ein bundesweites **ergebnisoffenes Auswahlverfahren** für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle durchgeführt werden (SPD 2007, S.27 f.).

4. FDP

Liberalen Prinzipien gemäß betrachtet die FDP Energiepolitik als einen wesentlichen Teil der Wirtschaftspolitik, der jedoch umweltpolitischen Zielen verpflichtet ist (FDP 2006³, S. 3 f.). Die energie- und klimapolitischen Positionen der Partei haben dementsprechend die Orientierung an den Grundsätzen der Marktkonformität und des freien Wettbewerbs gemeinsam.

4.1. Sicherstellung des Wettbewerbs auf den Energiemärkten

Zur Sicherstellung des **Wettbewerbs** auf allen Energiemärkten sollen natürliche Monopole wettbewerbspolitisch konsequent neutralisiert werden (FDP 2006, S. 5). Voraussetzung hierfür sei auch der im Wege der Anreizregulierung schnellstmöglich zu realisierende diskriminierungsfreie Netzzugang auf den Strom- und Gasmärkten (FDP 2006, S.7).

4.2. Energiemix

Die diskriminierungsfreie und wirtschaftliche Nutzung aller inländisch verfügbaren Energieressourcen müsse möglich bleiben. Neben dem weiteren **Ausbau der erneuerbaren Energien** – auch im Wärmemarkt - sollen aus Sicht der FDP daher auch die bestehenden **Kernkraftwerke** so lange betrieben werden dürfen, wie ihr Betrieb den Sicherheitskriterien entspricht und genehmigungsfähig ist (FDP 2006, S. 5).

4.3. Außenpolitische Aspekte

Durch eine anzustrebende enge „Verzahnung“ von Energie- und Außenpolitik soll erreicht werden, dass die nationalen Energieimporte aus unterschiedlichsten Herkunftsregionen und Bezugsquellen stammen, um das **Lieferisiko** zu minimieren (FDP 2006, S. 5 f.). Auch **klimapolitische Maßnahmen** seien im Rahmen internationaler Kooperation zu optimieren (FDP 2006, S. 9).

³ Energiepolitisches Grundsatzprogramm der FDP- Bundestagsfraktion für die 16. Wahlperiode; siehe **Anlage 3**.

4.4. Stärkung der Energieforschung

Die **Energieforschung** (Grundlagen- und Anwendungsforschung) müsse nachhaltig gestärkt und möglichst breit angelegt werden, um die Fixierung auf einzelne Entwicklungspfade zu vermeiden (FDP 2006, S. 6). Die auszuweitende staatliche Forschungsförderung müsse hierzu ausgeweitet und vertieft werden. Sie müsse wettbewerblich ausgerichtet und ohne ideologische Ausgrenzungen gestaltet sein (FDP 2006, S. 10).

4.5. Rückführung der staatlichen Zusatzkosten auf den Energiepreisen

Zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung wird die **Reduzierung der staatlichen Zusatzkosten** auf den Energiepreisen gefordert. Bei der Besteuerung von Energie sei zum europäischen Durchschnitt zurückzukehren (FDP 2006, S. 7).

4.6. Beendigung der Subventionierung unwirtschaftlicher Energieträger

Die **Subventionierung** dauerhaft unwirtschaftlicher Energieträger im Strombereich muss nach Auffassung der FDP unter Beachtung von Planungssicherheit und Eigentumsrechten der betroffenen Unternehmen schnellstmöglich beendet werden (FDP 2006, S. 7).

4.7. Verbesserung der Energieeffizienz

Durch die **Optimierung von Anreizstrukturen** zur effizienten Nutzung vorhandener Energie, wie etwa die Einbeziehung von Verkehrs- und Wärmesektor in den Emissionshandel oder Modifikationen in der Netzregulierung hinsichtlich effizienter Stromübertragungstechnologien, soll die energetische Effizienz von Unternehmen und Haushalten gesteigert werden (FDP 2006, S. 7 f).⁴

4.8. Bürokratieabbau

Der Infrastrukturausbau sei nachhaltig von bürokratischen Hindernissen zu befreien (FDP 2006, S. 8).

4.9. Steuerliche Gleichbehandlung aller Energieträger

Alle wettbewerbsfähigen Energieträger sollen in einem funktionierenden Markt **steuerlich gleich** behandelt und eine europäische Angleichung angestrebt werden (FDP 2006, S. 8).

⁴ Vgl. auch den Antrag der FDP-Bundestagsfraktion zur Änderung des Mietrechts (BT-Drucksache 16/7175): Um Anreize für Wohnungseigentümer zur energetischen Modernisierung ihrer Immobilien zu schaffen, soll etwa eine Erhöhung der Miete aus diesem Grund bzw. eine erleichterte Umlegung der Modernisierungskosten auf den Mieter möglich sein.

4.10. Bündelung der Energiepolitik beim Bundeswirtschaftsministerium

Um eine „ganzheitliche“ Energiepolitik zu ermöglichen, wird die Bündelung der energiepolitischen Kompetenzen für alle Energieträger beim **Bundeswirtschaftsministerium** angestrebt (FDP 2006, S. 8).

4.11. Wettbewerbliche Gestaltung des Zertifikatehandels

Der Handel mit CO₂- Zertifikaten muss nach Auffassung der FDP **wettbewerblich** gestaltet werden. Wettbewerbsverzerrungen, z.B. bei der Erstzuteilung oder bei Sonderregelungen für einzelne Branchen oder Unternehmen, seien zu vermeiden. Die Zertifikate sollten möglichst komplett versteigert werden, das Aufkommen etwa durch eine Senkung der Stromsteuer sei an die Unternehmen und Haushalte zurückzugeben. Ferner müsse das Zertifikathandelssystem langfristig **alle Sektoren**, insbesondere auch den Verkehrs- und Wärmesektor, umfassen (FDP 2006, S.9). Ferner setzt sich die FDP für die Unterstützung und verstärkte Integration und Kontrolle **nichtstaatlicher Klimaschutzprojekte**, freiwilliger sogenannter „verifizierter Emissionsminderung“ ein (FDP 2007/2)⁵.

4.12. Anpassung der Förderung erneuerbarer Energien

Die Förderung erneuerbarer Energien sollen zukünftig statt durch das bisherige Preissteuerungssystem im Rahmen des EEG in einer **Mengenzielstrategie** geleistet werden, die es den Marktteilnehmern überlässt, den kostengünstigsten Weg zur Erzeugung erneuerbarer Energie zu wählen (FDP 2006, S. 9).

4.13. Lösung der Endlagerproblematik

Auch die FDP setzt sich für die zügige **ergebnisoffene Erkundung** der Möglichkeiten der Lösung der Frage der Endlagerung nuklearer Abfälle ein. „Schacht Konrad“ müsse schnellstmöglich in Betrieb genommen und das Moratorium für Gorleben aufgehoben werden (FDP 2006, S. 9).

4.14. Klimaschutz durch effiziente Landwirtschaft

Im Rahmen eines Positionspapiers der FDP-Fraktion werden zudem Bedeutung und Potential einer **effizienten Landwirtschaft** für den Klima- und Umweltschutz betont.⁶

⁵ BT-Drucksache 16/7174.vom 14.11.2007.

⁶ FDP 2008. Siehe Anlage 4.

5. Die Linke

Übergeordnete Ziele linker Energiepolitik sind laut dem Thesenpapier „Energiewende-sozial, ökologisch, friedlich“⁷ (Die Linke, 2007) der schnelle Ausstieg aus der Atomenergienutzung und die weitgehende Überwindung der fossilen Energiewirtschaft bis zur Mitte dieses Jahrhunderts. Energie- und Klimapolitik muss demnach darüber hinaus mit Fragen sozialer Gerechtigkeit auf nationaler wie globaler Ebene und mit einer aktiven Friedenspolitik verbunden werden sowie bestehende Machtstrukturen hinterfragen. (Die Linke 2007, S. 1)

5.1. Einführung einer effektiven Energiepreisaufsicht

Um Erhöhungen der Energiepreise zu vermeiden, fordert die Linke die erneute Einsetzung der „Bundestarifordnung Elektrizität“ und die Einführung entsprechender Regelungen für Gastarife. Zudem soll die **Preisaufsicht auf alle Verbrauchertarife** bei Strom und Gas ausgeweitet werden (Die Linke 2007, S. 4).

5.2. Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand

Um Preismissbrauch zu verhindern und eine zukunftsgerechte Ausrichtung der Energieversorgung sicherzustellen, bedarf es nach Auffassung der Linken einer direkten gesellschaftlichen Kontrolle der Strom- und Gasnetze. Dies sei nur durch eine **Vergesellschaftung der Netze** zu erreichen (Die Linke 2007, S. 4).

5.3. Abschöpfung der Extraprofite der Stromkonzerne aus dem Emissionshandel

Durch die Einpreisung der Emissionsrechte, welche die Energieunternehmen ihrerseits im Rahmen des europäischen Emissionshandels zum größten Teil kostenlos erhalten hätten, kassieren die Stromkonzerne nach Darstellung der Linken Extraprofite in Milliardenhöhe auf Kosten der privaten Haushalte und Unternehmen. Die Partei fordert daher eine **Sondersteuer für Stromkonzerne** („windfall profit tax“), um die nach ihrer Auffassung ungerechtfertigten und für falsche Zwecke verwendeten Mitnahmegewinne abzuschöpfen (Die Linke 2007, S. 4).

5.4. Rekommunalisierung der Energieversorgung

Um einen gleichermaßen positiven Einfluss auf Klima und Arbeitsmarkt auszuüben, unterstützt die Linke die **Rekommunalisierung von Stadtwerken** und die **verstärkte Eigenversorgung** von Kommunen. Stadtwerke im öffentlichen Eigentum könnten, im Gegensatz zu den im Interesse der Profitmaximierung auf die Steigerung des Energie-

⁷ Thesenpapier zur Konferenz „Klima & Energie- macht- arbeit“ vom 2.-4. November 2007 in Hamburg; siehe **Anlage 5**.

verbrauchs abzielenden Privatunternehmen, eine soziale und ökologische Energiepolitik verwirklichen (Die Linke 2007, S. 4).

5.5. Erhöhung des ALG II auf 435 €

Nicht zuletzt aufgrund der hohen Energiepreise sei der ALG II-Satz auf 435 Euro zu erhöhen (Die Linke 2007, S. 5).

5.6. Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Haushalte

Zur Unterstützung der einkommensschwachen Haushalte wird die **Erstattungsfähigkeit der Heizungs- und Warmwasserkosten** für Wohngeldberechtigte gefordert (Die Linke 2007, S. 5).

5.7. Einführung eines Stromsozialtarifs

Nach Ansicht der Linken bedarf es einer gesetzlichen Verpflichtung der Energieversorger, einen **Stromsozialtarif für einkommensschwache Haushalte** einzuführen (Die Linke 2007, S. 5).

5.8. Sozial gerechte Weiterentwicklung der Ökosteuer

Die Linke kritisiert die nach ihrer Auffassung bestehenden negativen Umverteilungswirkungen der Ökosteuer. Während die steuerliche Belastung durch höhere Energiepreise alle treffe, komme die Entlastung durch niedrigere Sozialversicherungsbeiträge nur Unternehmen und gutbezahlten Bürgern zugute. Diese Entwicklung bedürfe der Korrektur, etwa durch die **kontinuierliche Anpassung der staatlichen Transferleistungen** an steigende Ökosteuersätze bzw. Energiepreise oder das Modell eines **Ökobonus** (Die Linke 2007, S. 5).

5.9. Beschleunigung des Atomausstiegs

Aufgrund der ungeklärten Endlagerfrage und der immensen Risiken beim Betrieb von Atomanlagen setzt sich die Linke für einen **beschleunigten Atomausstieg** ein (Die Linke 2008).

5.10. Erneuerbare Energien

Auch die Linke betrachtet den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien als zentrale Säule der Energiepolitik. Für eine **konsequente Energiewende** müsse vor allem die monopolartige Struktur der Energiewirtschaft aufgebrochen werden (Die Linke 2008).

5.11. Verbesserung der Energieeffizienz

Des Weiteren wird die **Bedeutung von Energieeffizienz** im Strom-, Wärme- und Kraftstoffbereich betont (Die Linke 2008).

5.12. Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 % und Umsetzung eines nationalen Sofortprogramms für Klimaschutz

Um das Ziel der Senkung der nationalen Treibhausgasemissionen um 40 % gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 zu erreichen, soll ein **nationales Sofortprogramm** für den Klimaschutz geschnürt werden. Erforderlich seien klare ordnungsrechtliche Vorgaben (etwa ein **Tempolimit** und das **Verbot von Stand-by-Schaltungen**), Investitionsförderungen (wie ein **Energiesparfonds**) und verbesserte Rahmenbedingungen für **erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung** (Die Linke 2007, S. 7).

5.13. Erhöhung der Zahlungen an Entwicklungsländer

Die Linke fordert eine **massive Erhöhung** der finanziellen Unterstützung der vom Klimawandel besonders betroffenen Entwicklungsländer (Die Linke 2007, S. 7).

5.14. Radikale Wende der Energiefinanzierung bei der Entwicklungszusammenarbeit

Eine Reihe von Forderungen werden im Bereich der Energiefinanzierung in der Entwicklungszusammenarbeit erhoben: So müsse die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit **mehr Mittel für regenerative Energien und die Förderung von Energieeffizienz** zur Verfügung stellen, die Finanzierung bzw. Absicherung von fossilen bzw. großen Staudammprojekten müsse demgegenüber auslaufen. Zudem sei eine **echte Wende in der Energiefinanzierung** durch die Weltbank und andere multilaterale Banken nötig. Die Weltbank müsse ebenso wie der Internationale Währungsfonds des Weiteren unter das Dach der UNO gestellt werden (Die Linke 2007, S. 7).

5.15. Neuausrichtung der Handelspolitik

Die internationale Handelspolitik müsse im Sinne einer **fairen, sozialen und ökologischen Entwicklung neu ausgerichtet** werden. Die Politik permanenter Liberalisierung sei aufzugeben. Stattdessen müssten neue Ansätze für eine Regionalisierung von Wertschöpfungsketten entwickelt werden (Die Linke 2007, S. 7).

5.16. Unterstützung von Energiepartnerschaften

Energiepartnerschaften, die den Handel von Energieträgern mit Perspektiven für eine internationale Sozialpolitik verknüpfen, sollen unterstützt und zugleich in Richtung einer ökologischen Energiewende weiterentwickelt werden (Die Linke 2007, S. 7).



5.17. Energiewende mit Friedensdividende

Die Linke betont zudem die Bedeutung einer nachhaltigen Energie- und Klimapolitik für den **Weltfrieden** (Vgl. Die Linke 2007, S. 8 f.).

6. Bündnis 90/ Die Grünen

Im Bericht des Forums „Neue Ökologiepolitik“⁸ stellen Bündnis 90/Die Grünen ihre „Leitprojekte einer Neuen Ökologischen Politik“ dar (Bündnis 90/Die Grünen, 2007). Die Partei fordert einen „neuen Realismus in der Ökologiepolitik, weil die Annahmen, die bisher gemacht wurden, nicht realistisch waren“ und formuliert die Kernbotschaft „neuer Realismus und neue Radikalität sind in der ökologischen Frage heute 2 Begriffe für ein und denselben Sachverhalt“ zur begrifflichen Orientierung für die Entwicklung der Klimadebatte (Bündnis 90/Die Grünen 2007, S. 5).

6.1. Verhinderung des Baus neuer Kohlekraftwerke

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich **gegen jegliche Neuinvestitionen** in Kohle- oder Nuklearstromkraftwerke ein. Dabei wird nicht nur deren Umwelt- und Klimaschädlichkeit, sondern auch die wirtschaftliche Überlegenheit der erneuerbaren Energien betont (Bündnis 90/Die Grünen 2007, S.10).

6.2. Vollständige Deckung des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien

Stattdessen wird vollständig auf die Potentiale der neuen Energie-, Effizienz- und Steuerungstechnologien gesetzt. Die Stilllegung atomar-fossiler Kapazitäten könne komplett durch eine Kombination aus regenerativer Erzeugung, Einsparung und Effizienzverbesserung kompensiert werden. Eine Umstellung von Wirtschaft und Lebensweise auf „**100 % erneuerbare Energien**“ soll bereits innerhalb der nächsten Jahrzehnte erfolgen. Als Rückgrat der regenerativen Stromerzeugung und –verteilung fordern Bündnis 90 /Die Grünen den Bau eines europäischen Gleichstrom-Fernübertragungsnetzes zur Sicherung der großflächigen Nutzung regenerativer Energien in der Grundlast unter öffentlicher Verwaltung (Bündnis 90/Die Grünen 2007, S.10 f.).

6.3. Einführung eines Energiebonus

Um den Kampf gegen den Klimawandel mit der Problematik der sozialen Gerechtigkeit zu verbinden, wird das **Konzept eines „Öko-Bonus“** entwickelt. Dieses beinhaltet eine Abgabe auf den individuellen fossilen und atomaren Energieverbrauch in lenkungswirksamer Höhe, der anschließend in voller Höhe zurückgegeben wird. Da die Abgabe nach

⁸ Zur gleichnamigen Veranstaltung in Berlin, Oktober 2007; siehe **Anlage 6**.

dem individuellen Verbrauch bemessen wird, demgegenüber jedoch der zurückgezahlte Betrag pro Kopf gleich hoch ist, sollen so diejenigen einen gegenüber der eingezahlten Summe höheren Betrag zurück erhalten, die über einen geringen Energieverbrauch verfügen. Da erfahrungsgemäß die einkommensstärkeren Bürger mehr Energie verbrauchen, soll der Energiebonus eine Umverteilung von „Oben“ nach „Unten“ bewirken und zugleich klimafreundliches Verhalten finanziell belohnen (Bündnis 90/Die Grünen 2007 S. 11 f.).

6.4. Anlage eines Stromsparmifonds

Zur Finanzierung diverser Aktivitäten zur Stromeinsparung soll ein „grüner Stromsparmifonds“ in Höhe von jährlich 1 Mrd. Euro und insgesamt 4 Mrd. Euro angelegt werden, der **erhebliche CO₂-Einsparungen** ermöglichen soll (Bündnis 90/Die Grünen 2007/2, S. 3).

6.5. Verbraucherbezogene Maßnahmen

Um klimabewusstes Verbraucherverhalten zu fördern, sei eine verbesserte **Informationspolitik** zu betreiben, so etwa eine „Stiftung Energietest“ zur Zusammenführung der technischen Bewertung von Geräten, Gebäuden und technischen Verfahren einzurichten (Bündnis 90/Die Grünen 2007, S. 12).

6.6. Intensivierung des europäischen Emissionshandelssystems

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine ehrgeizigere Ausgestaltung des europäischen Emissionshandelssystems ein (Bündnis 90/Die Grünen 2007, S. 13).

6.7. Gebäudesanierung

Die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der **Energieeffizienz im Gebäudereich** sind nach Auffassung von Bündnis 90 /Die Grünen zu verstärken (Bündnis 90/Die Grünen 2007/2⁹, S. 6 f.).

6.8. Verkehrspolitik auf Kommunal- und Landesebene

Zur Ermöglichung von kommunalen klima- und energiepolitischen Maßnahmen werden mehr **(bundes-)rechtliche Freiräume** gefordert (Bündnis 90/Die Grünen 2007, S. 14).

6.9. Maßnahmen zum Individualverkehr

Eine Reihe von Maßnahmen soll zur Verbesserung von Energieeffizienz und Klimafreundlichkeit im **individuellen Straßenverkehr** beitragen. Diese reichen von der Unterstützung besonders sparsamer KFZ mit konventionellem Antrieb und der Förderung

⁹ Siehe **Anlage 7**.

CO₂-neutraler Antriebs- und Kraftstoffkonzepte bis hin zur Festsetzung einer technisch begrenzten Höchstgeschwindigkeit und einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung (Vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2007, S. 15 f.).

6.10. Neuorientierung der Bahnpolitik

Nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen muss die Bahn sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr ihre **Transportleistung vervielfachen**. Dafür seien die Verbesserung des Dienstleistungsangebots, die Ausweitung des Schienennetzes und die Ermöglichung eines diskriminierungsfreien Wettbewerbs auf nationaler wie auf europäischer Ebene erforderlich. Zudem sei mittels einer Erhöhung und Ausweitung der LKW-Maut eine verstärkte Verlagerung von Gütern auf den Bahnverkehr anzustreben. Die Privatisierungspläne der Bundesregierung werden abgelehnt (Bündnis 90/Die Grünen 2007, S. 16).

6.11. Besteuerung von Flugbenzin

Neben der Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel wird die **Abschaffung aller staatlichen Zahlungen** für den Flugverkehr und die Durchsetzung einer am Schadenspotential dieses Verkehrsmittels orientierten **Kerosinbesteuerung** gefordert (Bündnis 90/Die Grünen 2007, S. 16 f.).

6.12. Abbau ökologisch schädlicher Subventionen

Im Rahmen einer ökologischen Finanzreform sollen eine Vielzahl ökologisch kontraproduktiver Subventionen **abgeschafft** werden (Vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2007/2, S. 3 f.).

6.13. Ökologisierung der Landwirtschaft

Laut Bündnis 90/Die Grünen muss der Klimaschutz ein zentrales Element besonders der deutschen, der europäischen, aber auch der internationalen Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik werden. Insbesondere wird die Klimafreundlichkeit des **ökologischen Landbaus** betont (Bündnis 90/Die Grünen 2007/2, S. 10).

6.14. Urwaldschutz

Hervorgehoben wird auch die Bedeutung der Tropenwälder für das globale Klima. Der verstärkte **Schutz der internationalen Urwälder** müsse daher einen Schwerpunkt der internationalen Klimaschutzanstrengungen darstellen (Vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2008).

6.15. Durchsetzung einer ökoeffizienten öffentlichen Beschaffung

Die Marktmacht öffentlicher Stellen soll auf umweltgerechte Waren und Dienstleistungen ausgerichtet werden. Damit würden nicht mehr nur wirtschaftliche Aspekte eine Vergabeentscheidung beeinflussen, vielmehr würde auch das **Leitbild nachhaltigen Konsums zum Kriterium** (Bündnis 90/Die Grünen 2007/2, S. 3).

6.16. Forschungsinitiative Klimaschutz

Bündnis 90/Die Grünen fordern zudem eine erhebliche Erhöhung der für die **Forschungsförderung** im Energie- und Klimaschutzbereich vorgesehenen Mittel (Bündnis 90/Die Grünen 2007/2, S. 5 f.).

6.17. Außenpolitische Standpunkte

Betont wird zudem die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungszusammenarbeit für den Klimaschutz und damit verbundene Fragen der **Sicherheit und globalen Gerechtigkeit** (Bündnis 90/Die Grünen 2007/2, S. 11).



7. Anlagen:

Anlage 1: Sicher – Sauber – Sozial. Die drei Dimensionen der Energiepolitik. Positionspapier der CDU/CSU- Bundestagfraktion. Beschluss vom 9. Oktober 2007. <http://cdu.de/doc/pdfc/071009-positions-papier-fraktion-energiepolitik.pdf> (Stand: 25.03.2008)

Anlage 2: Neue Energie. Sozialdemokratische Energie- und Klimapolitik für das 21. Jahrhundert. Beschluss des Parteipräsidiums vom 4. Juni 2007. <http://www.forum-nachhaltigkeit.spd.de/servlet/PB/show/1716309/SPD%20neue%20Energie%20070604.pdf> (Stand: 25.03.2008).

Anlage 3: Energie braucht Wettbewerb. Energiepolitisches Grundsatzprogramm der FDP- Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode. Beschluss vom 4. April 2006. . http://www.fdp-fraktion.de/files/723/Energiepolitisches_Programm.pdf (Stand: 25.03.2008)

Anlage 4: Klimaschutz durch effiziente Landwirtschaft. Positionspapier der FDP- Bundestagsfraktion. Beschluss vom 15. 01. 2008. http://www.fdp-fraktion.de/files/723/PosPapier-Klimaschutz_durch_effiziente_Landwirtschaft.pdf (Stand: 25.03.2008).

Anlage 5: Energiewende. sozial, ökologisch, friedlich. Thesenpapier zur Konferenz der Linken und der Fraktion der Linken im Bundestag: „klima&energie- macht- arbeit“ (2.-4. November, Hamburg). http://die-linke.de/fileadmin/download/energiepolitik/071026_thesenpapier_energiekonferenz.pdf (Stand 26.03.2008)

Anlage 6: Klimaschutz ohne wenn und aber- Auf dem Weg zur solaren Gesellschaft. Leitprojekte einer Neuen Ökologischen Politik. Bericht des Forum „Neue Ökologiepolitik“ von Bündnis 90 / Die Grünen, Berlin, Oktober 2007. http://www.gruene.de/cms/files/dokbin/202/202956.bericht_forum_neue_oekologiepolitik.pdf (Stand: 25.03.2008).

Anlage 7: Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen: Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des Bundeshaushaltsplans das Haushaltsjahr 2008, Einzelplan 16. . <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/073/1607307.pdf> (Stand: 25.03.2008) Zitiert: Bündnis 90/ Die Grünen 2007/2.



8. Quellen:

BT-Drucksache 16/7174 vom 14.11.2007. Antrag der FDP- Bundestagsfraktion: Freiwilligen projektbasierten Klimaschutz auf verbreiteter Grundlage voranbringen. <http://www.fdp-fraktion.de/files/538/1607174.pdf> (Stand: 25.03.2008).

BT-Drucksache 16/7175 vom 14.11.2007. Antrag der FDP- Bundestagsfraktion: Mietrechtsänderungen zur Erleichterung klima- und umweltfreundlicher Sanierungen. <http://www.fdp-fraktion.de/files/538/1607175.pdf> (Stand: 25. 03.2008).

BT-Drucksache 16/7710 vom 11.01.2008. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen: Den Klimawandel wirksam durch Urwaldschutz bekämpfen- Agrarüberschüsse in den Erhalt der Urwälder investieren. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/077/1607710.pdf> (Stand: 25.03.2008) Zitiert: Bündnis 90/ Die Grünen 2008.

Energiepolitik. Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten. Positionspapier der Fraktion Die Linke im Bundestag. http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1746969651 (Stand 26.03.2008)